Ausgabe für Groß-Berlin

20 Pfennig

Deutsche Allgemeine Zeitung

Berlin, 19. Dezember 1926
Sonntag, Morgen

Chefredakteur: Dr. Fritz Klein, Schriftleitung und Verlag: Berlin SW. 48, Wilhelmstrasse 30—31. Fernsprecher: Amt Jäger 0010 5970—5999. Postscheck: Berlin Nr. 107941. Die Zeitung erscheint Sonntags und Montags einmal, sonst täglich zweimal. Bezugspreis 4.35 R.-M. in Berlin durch Boten.

Mit den Beilagen: Welt und Werk * Kraft und Stoff * Wirtschaft und Recht * Weltverkehr * Bild im Bilde

Bankkonto: Darmstädter und Nationalbank, Depositenkasse: Berlin SW. 68, Friedrichstrasse 66. Bei Unverschuldeter Nichtbelieferung besteht kein Anspruch auf Vergütung. Anzeigenpreis 0.45 R.-M. je 36 mm breite Millimeter-Zeile. Bedarfsanzeigen nach besonderem Tarif.

65. Jahrgang
Nr. 592
19 12 w

Neander-Sport u. Kur-Saal
Zandersaal
Neanderstr. 4
Berlin.

Weihnachtsruhe der Weihnachten

Die Vorgänge beim Reichspräsidenten

Ueber die gestrigen Krisenverhandlungen, von denen wir bereits berichteten, wird amtlich mitgeteilt:

Der Reichspräsident empfing im Laufe des Sonnabends zu Einzelbesprechungen über die Neubildung der Reichsregierung die Führer der größeren Reichstagsfraktionen, nämlich die Abgeordneten Graf Westarp (D. Nat.), Müller-Franken (Soz.), v. Guérard (Ztr.), Dr. Scholz (D. Vp.), Dr. Koch (Dem.). Ferner empfing der Reichspräsident den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns, sowie den preußischen Ministerpräsidenten Braun.

Aus dieser ersten Fühlungnahme mit den Fraktionsvorsitzenden gewann der Reichspräsident die Ueberzeugung, daß die Aufnahme von Verhandlungen zur Neubildung der Reichsregierung im Hinblick auf die Weihnachtsfeiertage und die Vertagung des Reichstages bis zum 10. Januar zurzeit nicht möglich ist. Der Reichspräsident hat sich daher entschlossen, diese Verhandlungen die kurz vor Wiederzusammentritt des Reichstages zu vertagen.

*

Die Parteivertreter haben dem Reichspräsidenten übereinstimmend mitgeteilt, daß sie die eigentlichen materiellen Verhandlungen erst nach Wiederbeginn der Reichstagsarbeit für zweckmäßig halten. Der Zusammentritt des Plenums ist zwar erst für den 18. Januar in Aussicht genommen. Aber am 10. Januar beginnt der Haushaltsausschuß die Vorberatung des Etats für 1927, und zu diesem Zeitpunkt liegt der größte Teil der Abgeordneten nach Berlin zurück. Zugestehen sollen unverbindliche Vorbesprechungen die Möglichkeiten der Koalitionsbildung klären. In politischen Kreisen rechnet man mit der Betrauung einer überparteilichen rechtsstehenden Persönlichkeit.

Zwischen der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den am Sonntag eine Vereinbarung getroffen, wonach den unter den Lohntarifvertrag fallenden Reichsbahnarbeitern zu Weihnachten eine einmalige Beihilfe zuteil wird.

Der Reichsbankpräsident und Frau Schacht gaben dem Gouverneur der belgischen Nationalbank, Minister a. D. Louis Franck, ein Frühstück, an dem der Reichsfinanzminister, der Vizepräsident und eine Reihe Mitglieder des Reichsbankdirektoriums, die Ministerialdirektoren v. Brandt und Köpke, sowie die hauptsächlichsten Vertreter der Berliner Bankwelt teilnahmen.

Schiffskreuzer „Emden" ist am 17. Dezember in Santa Cruz (Teneriffa) eingetroffen und wird am 27. Dezember nach St. Helena in See gehen.

Aus dem Inhalt der Beilagen

1. Beiblatt:
Die Bildungen unseres Preisausschreibens „Große Männer im Spiegel der Kritik" — Dufour-Feronce sen. und der Sueskanal (Dr. W. Janell) — Staat und Volkstum (Dr. W. Wirths).

2. Beiblatt:
Aus der chinesischen Dichtungsgalerie (Walter Bigand) — Von drei Flüssen und der Geographie (Börries, Frhr. v. Münchhausen) — Gadener Sonntag einst und jetzt (Gabriele Reisch).

3. Beiblatt:
Das Wohnhaus der Zukunft (Dr. Alfred Kuhn). — Eine abgebrochene Geschichte (Eduard Berter).

„Welt und Werk":
Klosterbau und Bandenführer (Hans Raubert). — Das alte Atlantis und die Phäaken (Privatdozent Dr. A. Dertmann). — Helle Nymphe (Edw. Saß, daß dich hören! (Julia Bois-Reymond). — Heimkehr (Thekla Lingen). — Von neuen Büchern.

„Kraft und Stoff":
Hat der Zeppelin eine Zukunft? (Hans Pander). — Deutsche Turbinen für England. — Modernes Spielzeug für Knaben (Dr. Roeder). — Mikroskopische Untersuchung der Kohle (Dr. R. Potonié).

„Bild im Bild":
Die Geschmäcker sind verschieden. — Europas Modeköniginnen. — Filme zu Hause! — Beginn der Amateur-Kinematographie. — Großstadtlandschaft um die Weihnachtszeit. — Vom Sport der Woche. — Rätsel.

Ein Zwischenfall im Rouzier-Prozeß

Deutscher Vorstoß gegen die Politisierungstendenzen

w. Landau, 18. 12.

Zum Schluß der heutigen Nachmittagssitzung kam es zu einem schweren Zwischenfall, der dadurch veranlaßt wurde, daß der Militärstaatsanwalt die Frage stellte, wovon der Zeuge Schardt, der vor den französischen Militärgerichten der französischen Vorunterfuchung zusammen mit dem Zeugen Klein ein rechtsbeständiges Deutschland geschildert war, gelebt habe.

Schardt beantwortete die Frage dahin, daß er von dem Rotten Kreuz betreut worden sei. Darauf wollte der französische Militärstaatsanwalt eine große politische Sensation machen. Die deutsche Verteidigung wies jedoch darauf hin, daß man nicht von einem Zeugen verlangen könne, sich der Gefahr einer Verhaftung auszusetzen, nachdem Holzmann, der bei der Vorunterfuchung vorzugsweise als Zeuge geladen worden war, während seiner Vernehmung auf die einleitige Anschuldigung des schwer belasteten Rouzier hin verhaftet und zwei Monate in Untersuchungshaft gehalten worden sei. Als der französische Militärstaatsanwalt bei der Vernehmung des Zeugen Friedrich Klein die gleiche Frage stellte, protestierte die **deutsche Verteidigung dagegen, daß der Prozeß von der Gegenseite aus politische Gebiet geschoben werde, indem man versucht, Dr. Jähr darauf hinwies, daß, wenn man politische Fragen aufwerfe, man zuerst die Frage der Berechtigung und der Zulässigkeit der französischen Militärgerichte im besetzten Gebiet prüfen müsse.**

Die Verteidigung überreichte dem Gericht folgende Entschließung:

„In Erwägung dessen, daß der Anklagevertreter verlangt hat, an den Zeugen Schardt Fragen zu stellen, wo er nach seiner letzten Vernehmung gewesen sei und was er auf dem rechtsrheinischen Ufer gemacht habe und wovon er dort gelebt habe;

in Erwägung weiter, daß diese Frage mit dem Prozeß gar nichts zu tun hat und ohne jedes Interesse für die einzige Frage ist, die uns in diesem Prozeß interessiert, nämlich ob der Angeklagte Rouzier oder die deutschen Angeklagten in diesem Prozeß schuldig sind der Handlungen, die ihnen vorgeworfen werden;

in Erwägung weiter der Tatsache, daß der Vertreter der Anklage die direkte Frage auch schon dem Zeugen Klein gestellt hat und daß er bei der vollig gleichen Lage des Friedrich Klein eine befriedigende Antwort bekommen hat, daß es offensichtlich ist, daß diese Frage lediglich aus politischen Gründen, die außerhalb des Prozesses liegen, gestellt worden ist;

in Erwägung ferner, daß der Zeuge Schardt schon von der französischen Gendarmerie verhaftet worden ist und daß am 1. Oktober 1926 in der Vorunterfuchung eine weitere Vernehmung stattfand, und daß die Angelegenheit Holzmann genügend aufgeklärt zu sein scheint;

in der Erwägung endlich, daß der Zeuge jetzt hier ist und sich heute über sämtliche Fragen des Prozesses erklären kann, die uns interessieren;

in der Erwägung, daß diese Frage allo gegeben ist, eine feindliche Atmosphäre zu schaffen, und daß auf diese Weise die Interessen der Verteidigung schwer benachteiligt werden, der Zeugen sind, indem wir uns formell der Zulassung dieser Frage widersetzen, diese Frage nicht zuzulassen und uns hierzu Akt zu geben."

Die französische Verteidigung erklärte, daß sie an dieser Frage kein Interesse habe. Das Gericht zog sich hierauf zu einer längeren Beratung zurück und verkündete dann den mit 3 zu 2 Stimmen gefaßten Beschluß, daß diese Frage in Zukunft nicht mehr gestellt werden dürfe. Damit war der Zwischenfall erledigt. Die Sitzung wurde darauf auf Sonntag vormittag 9 Uhr vertagt.

(Siehe auch Seite 2)

Smetona litauischer Staatspräsident

Eine Erklärung des Außenministers Woldemaras

Kowno, 18. 12. (Eigenbericht)

Das litauische Generalkommando teilt auf Anfrage mit: Im Laufe des heutigen Nachmittags ist der geistige Führer des Aufstandes, Smetona, zum Staatspräsidenten gewählt worden. Der bisherige Staatspräsident, Grinius, befindet sich auf freiem Fuß und hält sich in Kowno auf. Die in Haft genommenen Mitglieder des ehemaligen Kabinetts sowie die in Kowno versammelt gewesenen Generale sind gleichfalls freigelassen worden. Die bewaffnete Macht einschließlich einer Führer hat sich hinter Smetona gestellt.

Die im Auslande verbreiteten Gerüchte von blutigen Straßenkämpfen in Kowno und anderen Orten sowie von einem Kampf um das Außenfort der Hauptstadt, Grüner Berg, treffen nicht zu. Die Umwälzung hatte vollkommen unblutigen Charakter und rief im äußeren Bild der Stadt keinerlei Veränderungen hervor. Sämtliche Regimenter halten sich in ihren Standorten auf, wohin auch die aus Anlaß des Geburtstages des ehemaligen Staatspräsidenten Grinius nach Kowno gereisten Truppenführer zurückgekehrt sind. Sowohl der Belagerungszustand als auch die über die Presse verhängte Zensur sind aufgehoben.

wl. Königsberg, 18. 12. (Eigenbericht)

Nach den letzten Nachrichten aus Kowno ist die Lage dort unverändert ruhig. Für die angeblich über Bilina in Marsch eingegangenen Nachrichten über Unruhen und Truppenkämpfe in Kowno liegt hier keine Bestätigung vor. Ministerpräsident Woldemaras hat in einem Interview ausgeführt, daß die litauische Außenpolitik unverändert bleibe, und daß auch Personalveränderungen in den litauischen Gesandtschaften im Auslande nicht vorzusehen seien. In naher Zukunft werde eine Konferenz der litauischen Gesandten zusammentreten.

Die Verhängung des Kriegszustandes über Litauen war heute auch

im Memelgebiet

bekanntgegeben worden. Danach waren die Grenzübergangsstellen aufgehoben und der Verkehr nur bei den Zollstationen zulässig. Außerdem war auch der sogenannte kleine Grenzverkehr aufgehoben und das Passieren der Grenze nur mit ordnungsmäßig visierten Paß zulässig. In Memel und Heydekrug war der Straßenverkehr zwischen 11 Uhr abends und 5 Uhr früh verboten. Die autonomen Behörden und die Polizei waren den Kriegskommandanten unterstellt.

*

Die litauische Gesandtschaft in Berlin teilt mit: Die Meldung, daß zwei litauische Regimenter zu den Kommunisten übergegangen seien und daß Kämpfe um den Besitz des Grünen Berges bei Kowno stattfänden, wird kategorisch dementiert. Desgleichen die Meldung aus englischer Quelle, wonach der Litauische Allgemeine Arbeiterverband an den Generalstreik gedachte habe, entschieden in Abrede gestellt. In Litauen herrscht nach wie vor vollkommene Ruhe und auch der Eisenbahnverkehr wickelt sich in durchaus normaler Weise ab.

a. Paris, 18. 12. (Eigenbericht)

Der belgische Thronfolger Prinz Leopold trat mit seiner jungen Frau in Paris ein, nachdem sie ihre Flitterwochen im Süden Frankreichs zugebracht hatten. Das Paar ist ohne jedes Gefolge in einem bekannten Pariser Hotel abgestiegen und bringt seinen Aufenthalt mit Besuchen von Theatern, Museen und Vorenthalten zu.

Eigener Nachrichtendienst und „London Times News Service"

Neuer Ueberfall auf Deutsche

Der polnische Terror in Ostoberschlesien

co. Kattowitz, 18. 12. (Eigenbericht)

Wie die „Polonia" mitteilt, wurde am Freitag in Birkenhain, dem Orte der deutschen Chorsängergruppe, der zur Arbeit gehörende deutsche Arbeiter Kloske von zwölf Aufständischen überfallen und so verprügelt, daß er bewußtlos vom Platze getragen werden mußte.

*

wg. Stettin, 18. 12. (Eigenbericht)

In Ukthorst wurde, wie wir melden, der Sohn des Gutsinspektors Hoffmann, der von den Einbrechern erschossen. Die Ermittlungen haben ergeben, daß drei polnische Schützen in Frage kommen. Einer der Täter wurde erkannt als ein Stefan Grzegowski, der im Laufe seiner Arbeitszeit in der Nähe von Ukthorst verkehrsmäßig verhaftet worden war. Der Regierungspräsident hat auf die Ergreifung der Täter eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt.

Ersatz für Regiesschäden durch das Reich

Die Reichsregierung hat nach Verhandlungen mit dem Wirtschaftsausschuß für die besetzten Gebiete beschlossen, zum Ausgleich wirtschaftlicher Härten für Sachschäden, die infolge des Besatzungsrechts der deutschen Staatsangehörigen entstanden sind und für die anderweitige Entschädigungen weder geleistet sind noch in Aussicht stehen, aus Reichsmitteln, die einmalige Beihilfe unter gewissen Voraussetzungen zu gewähren.

Insbesondere muß der Regiesschaden an Sachschaden sein, der nach dem 28. Dezember 1923 entstanden ist. Der Ersatzanspruch muß bei einer der drei gemischten deutsch-französischen Kommissionen der belgisch-französischen Eisenbahnregie Aachen, Zülpichstraße und Mainz angemeldet und von einer Person oder von der Berufsgenossenschaft bei der zuständigen Stelle der Reichsbahnverwaltung geltend gemacht werden. Ferner sind zur Zeit der Schädigung nur die Inhaber oder deren gewerblichen Vorbesitzer von Betrieben, die gewerblichen Zwecken dienen, und die Eigentümer von Wohnhäusern, die Wohnungen enthalten, die zur Zeit der Schädigung ausschließlich oder überwiegend gewerblichen Zwecken dienten, berechtigt, Ansprüche zu erheben. Die Ansprüche müssen bei den gemischten Kommissionen spätestens bis zum 1. Februar 1927 zu richten sind.

*

Der Reichstagsausschuß für Beamtenangelegenheiten beendete gestern die erste Lesung der Reichsbesoldungsordnung. Eine neue Eingabe für die zweite Lesung ist für den 10. Januar 1927 in Aussicht genommen. Der Ausschuß beschloß, daß das Gesetz mit möglichster Beschleunigung verabschiedet werden müsse.

*

Der Oberpräsidentenausschuß des Preußischen Landtages erörterte gestern eingehend die Frage der Bezweckung der vom Reichstag im Gesetz über die Sofortprogramme für den Osten nachträglich bewilligten 9 Millionen Mark. Hiervon entfallen 5 Millionen auf ostwestliche Kredite, die bei der Reichsbahn bereits angewiesen sind. 3 Millionen sind als laufende Zuschüsse für die Provinz Niedersachsen vorgesehen. 500 000 Mark werden für die Provinz Grenzmark, weitere 300 000 Mark für den Regierungsbezirk Köslin und 100 000 Mark für die östlichen Teile des Regierungsbezirks Frankfurt/Oder zu verwendet. Der Unterausschuß beriet gestern bis zum 14. Januar 1927.

Munizipalwahlen in Buenos Aires

pn. Buenos Aires, 18. 12. (Eigenbericht)

Bei den Munizipalwahlen der Hauptstadt erzielte, wie „La Prensa" meldet, die Partei des früheren Präsidenten Irigoyen, die Personalistischen Radikalen, einen abermaligen großen Stimmenzuwachs, so daß ihre Gesamtzahl mit 71 000 fast die absolute Mehrheit erreichte. In weitem Abstand folgen ihnen die Sozialisten. Die Partei des gegenwärtigen Präsidenten Alvear, die Antipersonalistischen Radikalen, steht an dritter Stelle.

Pariser Pressekommentare zur Krisis

Angebliche Nachrichten aus Rom über die Lage

a. Paris, 18. 12. (Eigenbericht)

Alle Anzeichen weisen darauf hin, daß das Interesse an der deutschen Regierungskrisis im Ausland bisher unzweideutig stark ist. Es ist in dieser Hinsicht bezeichnend, daß sich die Pariser Blätter Nachrichten aus Rom übermitteln lassen, denen zufolge in den deutschen politischen Kreisen die Berliner Ereignisse mit besonderer Aufmerksamkeit verfolgt würden, weil sie von einer nach rechts orientierten deutschen Regierung eine Stärkung des italienischen Einflusses auf die deutsche Außenpolitik erwarteten.

Es bezeichnet sich von selbst, daß die Frage der Regierungsbildung nur vom deutschen Standpunkt aus verhandelt werden kann, und daß jede Einmischung des Auslandes, gleichviel, von welcher Seite sie kommen mag, mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden muß.

Aber auf der anderen Seite erscheint es wünschenswert, daß die deutsche Oeffentlichkeit die Stimmung eines Teils der ausländischen Presse kennenlernt. Die deutschfeindlichen Organe, wie vor allem das „Echo de Paris", begünstigen offen die Möglichkeit einer Rechtsorientierung der deutschen Gesamtpolitik, weil sie von dieser Wendung ein Scheitern der Annäherungspolitik und einen Sieg der nationalistischen Elemente auch in Frankreich erwarten. Die Gegner der Annäherungspolitik versuchen, schon aus der Tatsache der Regierungskrisis Kapital zu schlagen. Das „Journal des Débats" erklärt, daß die Fortdauer der Besetzung als Garantiemaßnahme unter den gegenwärtigen Verhältnissen mehr als je notwendig sei, weil niemand wissen könne, wie die kommende deutsche Regierung aussehen werde.

Es sei nochmals betont, daß diese französischen Urteile nicht als Maßstab für die deutsche Innenpolitik dienen können, sondern daß sie nur insoweit Interesse verdienen, als sie die Ansichten eines Teils der französischen Presse kundgeben.

Im übrigen muß als ein erheblicher Faktor der französischen Auffassung schließlich werden, daß man hier in allen maßgebenden Kreisen hofft und den größten Wert darauf legt, daß die auswärtige Politik des Reiches auch weiterhin in den Händen Stresemanns bleiben werde.

Der „Temps" weist heute darauf hin, daß eine lange Dauer der Krisis die bevorstehenden diplomatischen Verhandlungen verzögern müsse. Eine Geschäftsregierung habe nicht mehr die nötige Autorität, um solche Verpflichtungen für die deutsche Politik zu übernehmen. Darüber hinaus hätten aber auch die anderen Mächte ein Interesse, zu wissen, wer morgen in Berlin regieren werde.

*

Aus Rom einlaufende Meldungen besagen, dort seien Gerüchte verbreitet, wonach der deutsch-italienische Vertrag am ersten Weihnachtstage in Kraft treten würde.

Ein drittes Dementi

wb. Genf, 18. 12. (Eigenbericht)

Zu den beiden Dementis, die ebenso das Wolff-Büro wie das französische Außenministerium dem Interview entgegengetan, das Außenminister Stresemann auf der Durchreise durch Basel einem dortigen Redakteur gegeben haben soll, schreibt der Auslandsredakteur der „Basler Nachrichten": „Selbstverständlich hat Minister Stresemann die fraglichen Aeußerungen nicht getan. Es handelt sich um ein Mißverständnis des Berichterstatters, der sie veröffentlicht hat. Beim Gespräch im Eisenbahnwagon wurden gewisse Pariser Pressekommentare, die sich mit dem Verhältnis Briand-Poincaré befassten, kurz berührt, aber Minister Stresemann ist es nicht eingefallen, dazu in irgendeiner Weise Stellung zu nehmen. Unter Berufe enthält deshalb auch kein Wort über diese Dinge."

Die letzten Stunden des japanischen Kaisers

Tokio, 18. 12.

Nach dem letzten Bulletin ist der Kaiser von Japan bereits in Agonie getreten. Puls und Atemzüge werden schwächer, die Temperatur sinkt, die Entzündung der rechten Lunge macht Fortschritte. Die Schwäche nimmt zu. Aus Angst um den Zustand des Kaisers haben mehrere Personen versucht, Hand an sich zu legen.

Die Lage in der Provinz Chekiang

Schanghai, 18. 12. (Eigenbericht der DWZ)

Die Lage in Hangchow, die bisher außerordentlich dunkel war, ist heute klarer. Es scheint, daß

die Unabhängigkeitserklärung der Provinz Chekiang

ein Versuch war, die Neutralität und Unangriffsbereitschaft der Provinz sicherzustellen, während es noch unsicher ist, ob Marschall Sun sich mit dieser Lösung zufrieden gibt. Marschall Sun hat die Eisenbahnlinie wieder herstellen lassen. Es wurde ein Zug in Richtung Hangchow abgelassen. Sun soll weniger Meilen von Hangchow entfernt noch etwa 4000 Mann loyale Truppen stehen haben, und auch in Hangchow scheint ein nicht unbeträchtlicher Teil der Truppen loyal geblieben zu sein.

Nach drahtlosen Meldungen aus Tschang ist die Lage dort noch ernster geworden. Alle Gesellschaften rufen ihre Dampfer von den oberen und mittleren Yangtse zurück und stellen den Dienst zwischen Hankau und Ichang ein. In Hankau haben die Gold- und Silbersicherheiten heute auf Forderung der nationalen Regierung ihre Geschäfte geschlossen.

Sofia, 18. 12. (Sonderdienst der DWZ)

Die Sobranje ratifizierte gestern ein Abkommen über die Flüchtlingsanleihe.

Großkraftwerk Rummelsburg in Betrieb

Erste Stromabgabe 15000 Kilowatt

Das Großkraftwerk Rummelsburg hat gestern abend zum ersten Mal: Strom erzeugt und die seit langem überlasteten Berliner Kraftwerke wirksam unterstützt.

*

Mit dieser Inbetriebnahme des Großkraftwerks Rummelsburg beginnt ein neuer Zeitabschnitt in der Geschichte der Berliner Stromversorgung. Mit großer Energie und unermüdlicher Anspannung aller an dem Unternehmen, der Ausführung und der Inbetriebsetzung dieses größten aller deutschen Stadtkraftwerke Beteiligten ist hier in bisher unerreichter kurzer Bauzeit ein modernes Werk der Technik entstanden, das die Achtung der ganzen Welt verdient.

Am Sonnabend abend 7 Uhr 57 Minuten erfolgte das Kommando zum Parallelschalten der ersten rund 20 000 Kilowatt Turbinen. Wer jemals die Bestandung eines technischen Bauwerkes erlebt, wird ermessen können, mit welchem Stolz alle vom Ingenieur bis zum Maschinisten bei den Angenblick erleben durften, wo die Zeiger der Meßinstrumente und das Aufleuchten zahlreicher Signallampen bekundeten: Es geht! Die Stromabgabe erfolgte zu einer Zeit allerhöchster Belastung des Berliner Stromnetzes: in der „Abendspitze". 15 000 Kilowatt war die erste Leistung. Die Abgabe und Umschaltung erfolgte glatt und unbreibungslos, daß keine der anderen auf das Netz arbeitenden Kraftwerke von dem Ereignis des Rummelsburger Großkraftwerks etwas merkte. Ein herrlicher Erfolg, ein prächtiges Weihnachtsgeschenk an die Berliner Bevölkerung!

Die Vollbelastung der neuen Turbine wird in den nächsten Tagen erfolgen. Die beiden anderen Aggregate sollen ebenfalls in absehbarer Zeit in Betrieb gesetzt werden, so daß dann über 200 000 Kilowatt Strom bereit stehen. Mit Kohlenstaubfeuerung und Hochdruckdampf wird alsdann die Strommacht Berlins endgültig behoben sein.

R.

Mammutspuren in Berlin

Bei Ausschachtungsarbeiten an der Baustelle der Untergrundbahn am Bahnhof Nordkölln wurde in einer Tiefe von ungefähr drei Metern ein gewaltiger aus erdaltener Mammutjahn gefunden. Ein zur Fundstelle gerufener Sachverständiger stellte mit Sicherheit fest, daß der Zahn aus dem Oberkiefer eines Mammuts stammt.

Letzter Sport-Bericht

Eishockey im Sportpalast

Bei den gestrigen Eishockeytunnieren im Sportpalast trafen die deutsche Nationalmannschaft und die International Mannschaft des B.S.C. aufeinander. Die Nationalmannschaft erwies sich der International durchaus gewachsen, hatte sogar insgesamt mehr vom Spiel, und konnte mit 3:2 ein Unentschieden erzielen. Bei dem International-Spiel zwischen Oxford-Canadians und Wien waren die Wiener haushoch überlegen. Schon in der ersten Halbzeit führten sie 1:0, und in der zweiten Spielhälfte konnten sie fünf Tore schießen, während die Oxford-Canadians nur das Ehrentor retten konnten.

New York, 18. 12.

Ein neuer Wolkenkratzer soll im Zentrum der Stadt errichtet werden. Die Grundlisse sind schon geschaffen. Das Gebäude soll 368 Meter betragen, die Zahl der Stockwerke 110. Die Baukosten werden sich auf 22 500 000 Dollar belaufen.

Amerikanischer Funkdienst

New York, Devisen- und Geldmarkt

(Devisenkurse von 4 Uhr nachmittags)

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
Engl. Gold	—	—	Lond. Gold	4,867	4,867
Goldausgabe			Paris	4,00	4,0
in Tagen	3¾	3¾	Brüssel	13,92	13,91
in Wochen	4	4	Amsterd.	40,00	40,00
Fr. Banknoten			Zürich	19,25	19,25
einzr. Kron	4¼	4¼	Oslo	26,19	25,25
an Kanadaer	4¼	4¼	Kopenh.	26,58	26,58
Berlin Mitteld.	23,80	23,79½	Prag	2,96	2,96
„ Nordd.	—	—	Wien	14,08	14,08
Neues			Madrid	15,24	15,24
Lahr Tr.	4,85½	4,85½	Berlin	23,8	23,8

New Yorker Börse

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
St. St. Louis Pref.	84½	84½	Pf. Kon. Oil-Wertpap.	106½	106½
G. Gr. Nord. Bd.	96½	96½	Ph. Petr. Stand. Cp.	97	97½
Baltimore & Ohio	96½	96½	J. Kupfer Anaconda	41¼	42
Canad. Pacific	155½	155	Ny. Bayr. Stadtanl.	98	97½
Chesapeake Ohio	162	162½	Ny. Lackawn. Verb. Cl.	95½	96½
Chic. Milwaukee	8½	8	Ny. Bethlehem. Kredit	101	101
Erie	43½	43½	Ny. Chicago Kredit	101	101
Illinoisbr. Pac. pref.	92	91	J. Franz. Gold 49	99	99½
Pennsylvania	57½	57½	J. Brit. Anl. v. 90	95½	95½
Reading	71½	70½	J. Brit. Gold v. 09	115	—
Southern Pacific	147½	147½	J. Pers. Anl. 50	93	94
Union Pacific	162½	162	J. A. E. G. 1945	111½	115½
American Can	24½	24	J. Elektr. Licht	37½	37
Anaconda	43½	45½	J. Pref. Krupp 27	106	106½
Beth. Steel	47½	47½	J. Vereinsbankpap.	99	99
Gen. Electr. com.	86	86	J. Bk. Kiho-Stadt	114½	114½
Gen. Motors Corp.	143½	143½	J. Bk. W. B. 1900	102½	102½
Sears Roebuck	134½	135	J. Lensch. Tiefl.	106	106½
Standard Oil N.J.	42½	42½	J. Saalm. Wer. 45	101½	101
U. S. Steel	147	147	J. Siem. u. H. 1928	101	—
U. S. Steel Corp.	150½	150½	J. Ver. Thüringen	102½	102½
G. Betr. Sch. Ny. Bat.	93½	93	J. Ver. Stahlw. A.-G.	99½	99

New York, Produktenmarkt

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
Laufe Oktober	20,00	20,00	Weizenmehl	—	9,50
Dezbr.	19,50	19	Kornmehl	3,30	3,30
Januar	14,65	14,65	Schmalz West.	12,65	12,65
März	14,60	14,45	Talg extra loses	7,00	7,50
Mai	13,50	13,50	Ny. Saaten-Leinöl	7,85	8,00
Juli	13,30	13,40	Chicago Weizen	7,08	7,08
Zeitpkt.	12,97	13,07	Kornmehl Chic.	19,15	19,15
Kanadischer Hafer	12,70	12,68	Zucker	6,71	6,71
Dezbr.	12,52	12,35	Stand. wh.	13,75	13,75
Januar	12,21	12,19	Ny. Zucker Raffin.	8,15	8,15
März	12,48	12,45	Kaffee Dezbr.	3,21	3,18
Mai	12,69	12,66	Januar	3,21	3,17
Getreide Weizen	51 000	59 000	März	3,26	3,23
Zufuhr Mehl	30	30	Zucker Dezbr.	3,86	3,86
Mais	58,37	—	Januar	3,91	3,88
Hafer	1,95	1,95	Kupfer Dezbr.	13	13
Roggen	1,92	1,92	Januar	11,80	11,70
Gerste	1,27	1,6	Zinn Dezbr.	49,000	49,000

Chicago, Produktenmarkt

	18. 12.	17. 12.		18. 12.	17. 12.
Weizen Dez.	1,38	1,39	Schweine Januar	11,92	12,00
Mai	1,39½	1,39	Speck Januar	14,55	14,80
Mais Dez.	1,01	1,01	Rippen Januar	14,25	14,00
Mai	1,01	1,01	Schweine Januar	11,25	11,25
Hafer Dez.	0,51	0,50	Schweine Februar	11,65	11,65
Mai	0,53	0,52	Schweine Mai	11,80	11,80
Roggen Dez.	0,92	0,91	Schweine Juli	11,70	11,70
Mai	0,97	0,96	Rinder (Chicago)	14,000	15,000
Schmalz Dez.	11,85	11,875	Kälber (Chicago)	10,000	10,000

Gespenster

Es sind nur Gespenster den längst bermoderten Anhängern der beiden ältesten deutschen Parteirichtungen, die Mephisto beschworen hat. Aber:

Seit, im ererbten Sinne wohnlich,
Erweisen sie sich unterschändlich;
Schon hing hat jedes Zeichen mit sich breit.

Schadenfroh reibt sich der böse Geist die Hände:

Kaltest bei allen Teufelsfesten
Wirft der Parteihaß doch zum besten
Sich in den allerletzten Graus.

Und so weiter. Man kann die Fortsetzung nach Belieben im Faust, 2. Teil, 1. Akt, nachlesen unter der Reichstagsbericht. Von den Erfordernissen der außwärtigen Staatsfunst, die gerade in diesem Augenblick vorzüglich wuchern, ist kaum etwas zu merken. Das Teufelsfest der Parteiselbstsucht geht unter dem milden Namen einer Regierungskrisis zu ungelegener Zeit.

Nun soll es die Ironie der Weltgeschichte — oder sagen wir bescheidener: die Ironie des parlamentarischen Arbeitsdaseins, daß gerade in den letzten Tagen ein Reichstagsbericht durch die Frage zu ergründen suchte: wer ist schuld, daß der frühere Reichstag nicht als entscheidende Kraft in die außwärtige Reichsleitung eingeschaltet wurde? Früher, das heißt in diesem Fall: während des Weltkrieges, zur Zeit des päpstlichen Friedensplanes im Jahre 1917.

Wir haben über diese Dinge, die der ehemalige Staatssekretär des Aeußern v. Kühlmann am vergangenen Mittwoch dem Unterfuchungsausschuß des Reichstages gemacht hat, ausführlich berichtet. „Es ist falsch, wenn heute geglaubt wird, das Parlament habe damals nicht schon einen ganz überragenden Einfluß besessen." Diese Worte des Herrn v. Kühlmann bestätigen die von uns seit jeher verfochtene Ansicht, daß das aus allgemeinen, gleichen, direkten Wahlen hervorgegangene Reichsparlament auch unter der früheren Verfassungsform als eine ausschlaggebende Macht hätte wirken können, wenn es sich nicht in Parteigemütlichkeiten erschöpft hätte.

Allerdings ist aus dem Mangel einer einheitlichen Willensbildung nicht nur dem Parlament als solchem ein Vorwurf zu machen. Denn einheitliche Mehrheitsbildungen entstehen nur als Gesolgschaften eines festen und zielklaren Regierungswillens. Das zeigt sich jetzt an Beispielen von so entgegengesetzten verfassungsmäßigen Voraussetzungen, wie dem parlamentarisch regierten England und dem diktatorisch beherrschten Italien. Was in dem einen Lande die Macht des festgefügten Herkommens, im anderen die Macht einer Persönlichkeit zuwege bringt, das soll in der jungen deutschen Republik das Parlament aus sich heraus bewirken.

Der Reichstag hat diese seine Aufgabe noch nicht im entferntesten zu bewältigen vermocht. Ist sie überhaupt so schwer für ein Parlament? Das ist eine Schicksalsfrage für das Reich in seiner heutigen Gestalt. Sie scheint den Wortführern noch nur nicht zum Bewußtsein gekommen zu sein, die sich die Tätigkeit der Volksvertretung nicht anders vorstellen können, als — wie sich der deutschnationale Abgeordnete v. Dewitz kürzlich ausdrückte — eine Fortsetzung des Wahlkampfes mit anderen Mitteln.

Es wollte gerade an eine Tragik darin, daß jetzt gerade Stresemann den alten Regimes zu rechter Zeit den Versuch gewagt hat, notgenossen in Opposition zu gehen, Anhänger zu sammeln und so in Parlament den Grundsätzlichkeiten zur eine sogenannte Mehrheits- und Willensbildung darzubieten. Bismarck war zu alt dazu, als er nach seinem Sturz so manchen Besucher in Friedrichsruh seine Entrüstungen über die Geschäftsleit des Reichstages gegenüber dem „neuen Kurs" wissen ließ. In diesem Punkte hatte man — wozu er selber so dringend und deutlich genug riet — über den Erfahrungen der Verfahren hinausgreifen müssen. Statt dessen haben die Parteien gerade an der aufrichtigen Geste ihrer oppositionsfinanzstellung in der rückständigsten Weise festgehalten. Wir haben heute allen Anlaß, uns klar zu machen, wie wenig sich gewisse Fehler seit Bismarcks Zeiten geändert haben.

Karl Marx hat abgelehnt, seine sozialistischen Gedanken als Redakteur im Handelsteil des „Preußischen Staatsanzeigers" zur Erörterung zu stellen. Angeboten hat es ihm Bismarck, wenn auch nur in vorsichtiger Vorsatzender Form. Daß Marx sich vor dem „großen Rattenfänger" hüten zu müssen glaubte, ist immerhin begreiflich. Aber auch bei den Parteien blieb immer die Sorge lebendig, sie könnten als „servil und ministeriell" gelten. Bismarck gebrauchte das Wort für die Konservativen. Daß der Verselben Angst die Männer der damaligen bürgerlichen Linken durchaus nicht Minister und Staatss